



Niederschrift

Umwelt- und Agrarausschuss

19. Wahlperiode - 57. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Mai 2021, 14 Uhr,
als Videokonferenz

Anwesende Abgeordnete

Oliver Kumbartzky (FDP)

Vorsitzender

Hauke Göttisch (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Stefan Weber (SPD)

i. V. v. Sandra Redmann

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christian Dirschauer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Gespräch mit dem Landesverband der Maschinenringe Schleswig-Holstein e.V.	4
2.	Berichte des MELUND zu aktuellen (auch coronabedingten) Themen:	7
	Geflügelpest	7
3.	Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand der Umsetzung sowie über die Ausgestaltung der Fundtierrichtlinie	9
	Antrag des Abg. Stefan Weber (SPD) Umdruck 19/5721	
4.	Bericht der Landesregierung über den Abfallwirtschaftsplan Schleswig-Holstein, Teilplan Klärschlamm	12
	Antrag des Abg. Stefan Weber (SPD) Umdruck 19/5588	
5.	European Green Deal muss auch in der Krise die sozialökologische Wende bringen!	15
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2608	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/5760	
6.	Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte	16
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2843	
7.	Verschiedenes	17
	a) Sachstandsbericht des MELUND über Ministerkonferenzen	17
	b) Delegationsreise zum Thema Gänsefraß	17
	c) Nächste Sitzung	18

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Gespräch mit dem Landesverband der Maschinenringe Schleswig-Holstein e.V.

Teilnehmer:

Bernd Schwartkop, Landesvorsitzender
Lars Reinhold, Geschäftsführer

hierzu: [Umdruck 19/5774](#)

Herr Schwartkop, Landesvorsitzender des Landesverbands der Maschinenringe Schleswig-Holstein e.V., macht einleitend deutlich, die Maschinenringe wollten gern einen Austausch mit den Mitgliedern des Umwelt- und Agrarausschusses führen. Immer deutlicher werde, dass die Maschinenringe zwar bekannt seien; nicht aber, dass sich ihre Tätigkeit in den letzten 60 Jahren sehr verändert hätten. Darüber wolle er informieren.

Die Maschinenringe seien vor 60 Jahren gegründet worden. Ziel sei gewesen, alle Landwirte am technischen Fortschritt teilhaben zu lassen. Das sei aktueller denn je. Festzustellen sei, dass die landwirtschaftlichen Betriebe zum Teil immer größer würden, immer präziser würden, aber aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung die technischen Fortschritte nicht immer partizipieren könnten. Wenn sich die Landwirtschaft vornehme, umweltbewusster zu arbeiten, Grundwasser und Böden zu schonen, bedürfe es einer technischen Ausstattung. Wenn nicht alle diese Technik vorhalten könnten, sollten die Landwirte zumindest in die Lage versetzt werden, sie nutzen zu können, um daraus Nutzen zu ziehen. Ziel sei daher eine kostengünstige Nutzbarmachung von arbeitseffizienter Technik. Das habe zur Folge, dass im ländlichen Raum Erwerbsbeschäftigungsmodelle geschaffen und Wertschaffungspotenziale im ländlichen Raum organisiert und ausgeschöpft würden.

Auf Bundesebene gebe es 190 Mitgliedsbetriebe, die durch 240 Maschinenringe betreut würden. Mit der Tätigkeit der Maschinenringe würden etwa 1 Million Menschen erreicht. Auf Bundesebene gebe es einen Umsatz von jährlich 1,2 Milliarden €

Es gebe auch Ausweitungen in andere europäische Länder. Neu gebe es 24 Maschinenringe im Senegal. Dabei handele es sich um eine Entwicklungsprojekt, um Menschen vor Ort zu zeigen, wie man zusammenarbeiten könne, Nutzen davon habe und effizienter werde.

Herr Reinhold, Geschäftsführer des Landesverbands der Maschinenringe Schleswig-Holstein e.V., stellt anhand eines PowerPoint-Vortrags - [Umdruck 19/5774](#) - die Organisation und Arbeit des Landesverbands der Maschinenringe Schleswig-Holstein vor.

Auf Fragen des Abg. Rickers zur Bauernmilliarde legt Herr Reinhold dar, ihm sei nicht bekannt, dass Maschinenringe Mittel beantragt hätten. Er höre immer wieder von Landwirten, die versuchten, Förderanträge zu stellen, aber scheiterten. Er finde es schade, dass das Geld für Technik ausgegeben werde. Damit würden zum Teil für Betriebe Anreize geschaffen, Technik anzuschaffen, die man ansonsten nicht kaufen würde, da man sie nicht unbedingt benötige. Er halte es für sinnvoller, Technik für den Zeitraum einzukaufen, in dem sie benötigt werde, wie dies die Maschinenringe anböten. - Herr Schwartkop ergänzt, nicht jeder Landwirt habe Zugriff auf die Mittel. Zudem werde nun auch das Losverfahren in Gang gesetzt. Festzustellen sei außerdem, dass Firmen in der Landmaschinenindustrie Preise erhöht hätten, was auch diejenigen Landwirte treffe, die kein Losglück hätten. Insofern sei die Frage zu stellen, ob es sich um ein Programm zur Förderung der Landwirtschaft oder der Landmaschinenindustrie handele.

Auf eine weitere Frage des Abg. Rickers antwortet Herr Schwartkop, die Landwirte nutzten die Technik im Zusammenhang mit RTK verstärkt. Er weist in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, dass in einigen andern Bundesländern die Nutzung der Daten kostenfrei sei. Das sei allerdings nicht der Knackpunkt. Entscheidend sei der Zugang zu den Daten. Diese würden genutzt. Das Programm werde sehr gut angenommen.

Abg. Eickhoff-Weber regt an, weiterhin im Austausch, gegebenenfalls auch bilateral, zu bleiben. Sie bedankt sich außerdem für die Informationen und hält es für ratsam, auch im Hinblick auf die Ausgestaltung anstehender Förderprogramme in Kontakt zu bleiben.

Abg. Weber erkundigt sich nach Nischenbereichen, die vom Maschinenring empfohlen würden. - Herr Schwartkop stellt im Folgenden einige dar. Er legt dar, der Generationenwechsel sei ein Riesenproblem. In diesen Fällen werde häufig eine manchmal auch falsche Selektion festgestellt. Ein konkretes Beispiel für eine Nische sei der Wegebau. Einige Betriebe hätten sich, da sie über die notwendigen Gerätschaften und Maschinen verfügten, auf eine Instandsetzung von Wirtschaftswegen spezialisiert. Im Nährstoffbereich gebe es Betriebe, die sich auf eine Separation von Gülle spezialisierten. Auch bei der Knickpflege seien Experten gefragt,

den Knick auf den Stock zu setzen und ordnungsgemäß nachzubereiten. Im Rahmen der Altersbegleitung würden immer wieder beispielsweise bauliche Mängel an Häusern festgestellt. Dies seien gute Möglichkeiten, Einkommen für Menschen zu generieren, die ihren Betrieb im Nebenerwerb bewirtschafteten. - Herr Reinhold ergänzt dies mit einem Hinweis darauf, dass im Bereich Lübeck Direktvermarktungsschienen entwickelt würden. Ein weiterer Bereich sei die Tourismusberatung. - Herr Schwartkop fügt als weiteres Beispiel hinzu, dass beispielsweise in Travemünde Strandpflege betrieben werde.

Auf Fragen des Abg. Voß zum Thema Güllelager führt Herr Schwartkop aus, die Maschinenringe hätten einen sehr guten Überblick darüber, wo Kapazitäten frei seien, wo Bedarfsregionen und wo Überschussregionen seien. Schwierig werde es in Regenjahren, wenn keine Kapazitäten mehr vorhanden seien. Landwirte, die in absehbarer Zeit dem Strukturwandel zum Opfer fielen, investierten nicht mehr in Lagerflächen. Da seien die Maschinenringe gefragt. Eine gemeinsame Lagerung, bei der Landwirte ihre jeweilige Gülle später wiederbekommen sollten, funktioniere aus veterinärrechtlichen Gründen nicht. Zielführend sei dann, wenn ein Betrieb, der selbst keine Tierhaltung betreibe, Güllereste von vier oder fünf Betrieben aufnehme, die sich in einem Behälter befänden. Hier könne vermittelt werden.

Herr Reinhold ergänzt, die Lagerraumthematik sei nur ein Teil des Problems. Schwerpunkt sei die Vermittlung der Nährstoffmengen, weil Landwirte durch Flächenverlust oder rechtliche Vorgaben Nährstoffe unterbringen müssten. Hier gebe es Austausch mit den Maschinenringen im Land, sodass Nährstoffe aus Überschussregionen in Unterschussregionen gebracht werden könnten. Festzustellen sei hier aber das Problem der Transportkosten, die sehr hoch seien. Ganz wichtig seien die Nährstoffbörse und das Nährstoffmanagement. Bei den Landwirten müsse das Interesse daran geweckt werden, organische Nährstoffe auszubringen.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Austausch.

Herr Schwartkop äußert die Hoffnung, dass künftig auch wieder persönliche Treffen und Austausche möglich seien.

2. Berichte des MELUND zu aktuellen (auch coronabedingten) Themen:

Geflügelpest

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, berichtet, in den vergangenen Tagen sei ein leichter Rückgang der Geflügelpestrnachweise bei Wildvögeln in einigen Gebieten des Landes zu verzeichnen gewesen. Aufgrund dieser Entwicklung sei entschieden worden, dass die landesweite Aufstallung auslaufen solle. Die Kreise sollten nunmehr eine neue Risikobewertung durchführen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Eine sehr unterschiedliche Entwicklung bei den Geflügelpestrnachweisen im Land führe dazu, dass man auf der Hut bleiben müsse, da weiterhin die Gefahr bestehe, dass ein Übergreifen des Virus in Hausgeflügelbeständen erfolgen könne. Insofern müssten lokal und regional entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Die Biosicherheitsmaßnahmen, die landesweit angeordnet worden seien, blieben vorerst weiterhin in Kraft.

Nichtsdestotrotz sei man der Auffassung, dass man hinsichtlich der Geflügelpestlage gewissermaßen über den Berg sei.

Abschließend spricht er seinen Dank an diejenigen aus, die sich mit dem Thema, dem Analysieren der Proben und der Umsetzung der weitgehenden Maßnahmen beschäftigt hätten und mit dazu beigetragen hätten, im Vergleich zum Virusgeschehen relativ glimpflich davongekommen zu sein. Unter dem Strich müsse man festhalten, dass der jetzige Geflügelpestausbruch zu den schwersten gehöre, die bislang hätten festgestellt werden können, und zwar nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in den anderen Bundesländern und im europäischen Kontext.

Abg. Eickhoff-Weber kritisiert die Kommunikation mit dem Landesverband der Schleswig-Holsteinischen Rassegeflügelzüchter vonseiten des Ministeriums.

Minister Albrecht legt dar, innerhalb des letzten halben Jahres habe viel an Kommunikation in viele Richtungen stattgefunden. Mit den Geflügelhaltern sei intensiv Austausch gesucht worden, und zwar nicht nur vonseiten des Ministeriums, sondern auch vonseiten der Kreise. Diesbezüglich habe zwischen Kreisen und Land eine Abstimmung stattgefunden. Auch wenn er nicht feststellen könne, dass Informationen nicht angekommen seien sollten, könne man Kommunikation immer verbessern. Er werde die hier gemachten Hinweise zum Anlass nehmen, die Kommunikation noch stärker gemeinsam mit den Interessensträgern zu führen, wo das möglich sei. Er nehme die Anregung daher mit und bespreche sie auch gemeinsam mit den Kreisveterinärämtern.

Abg. Eickhoff-Weber kündigt an, konkret Fragen zu stellen, um Klarheit in die Kommunikationsabläufe zu erhalten. Möglicherweise werde dies im Rahmen einer Kleinen Anfrage geschehen.

Zwar sei richtig, dass die örtlichen Geflügelhalter auf die Kreisveterinärämter verwiesen würden. Allerdings habe sich der Vorsitzende des Landesverbandes an das Ministerium gewandt. Insofern halte sie es schon für richtig, wenn dann nicht nur auf die einzelnen Kreisveterinäre verwiesen werde, zumal es dort in den Kreisen immer wieder unterschiedliche Haltungen gebe.

Auf eine Nachfrage des Abg. Götsch legt Minister Albrecht dar, die Kreise bewerteten die Situation jetzt neu entsprechend der regionalen und lokalen Gegebenheiten und der positiven Nachweisfunde. Aufgrund der unterschiedlichen Situation werde dies in den Kreisen durchaus unterschiedlich gehandhabt. Vermutlich werde es dabei bleiben, dass insbesondere in den avifaunistischen Gebieten die Aufstellungen weiterhin angeordnet blieben und sie im Übrigen aufgehoben werde. Dies werde von den Kreisen entsprechend kommuniziert. Bei den Kreisveterinärstellen könne die aktuelle Situation erfragt werden. Die Geflügelhalter würden umfassend auf dem Laufenden gehalten. Auch die vorherige Abstimmung zwischen Land und Kreisen sei immer darauf gerichtet gewesen, dass die Kreise die Maßnahmen umsetzten und entsprechend kommunizierten.

3. Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand der Umsetzung sowie über die Ausgestaltung der Fundtierrichtlinie

Antrag des Abg. Stefan Weber (SPD)

[Umdruck 19/5721](#)

Frau Dr. Schulte-Klausch, Leiterin des Referats Ordnungsrecht und Datenschutz im MILIG, berichtet, im Anschluss an den Landtagsbeschluss im Februar 2021 sei zu einem Runden Tisch in Sachen Fundtierrichtlinie eingeladen worden. Im März sei im Rahmen einer Videokonferenz eine erste Sitzung durchgeführt worden. Teilgenommen hätten Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbandes des Deutschen Tierschutzbundes, der Tierschutzbeirat Schleswig-Holstein, die Landestierschutzbeauftragte, das Kieler Tierheim, die kommunalen Landesverbände und weitere Vertreter der kommunalen Seite. In diesem Treffen seien die vielen Aspekte beleuchtet und besprochen worden. Es hätten auch schon erste Eckpunkte vereinbart werden können.

Zunächst einmal habe man sich über die Definition Fundtier unterhalten. Man habe sich darauf verständigt, dass es grundsätzlich Haustiere seien, die verlorengegangen sein könnten. Einheimische Wildtiere seien grundsätzlich nicht als Fundtiere zu qualifizieren. Exotische Tiere müssten gesondert betrachtet werden. Das Halten dieser Tiere nehme zu. Sie seien auch als Fundtiere einzustufen.

Ein bisschen Schwierigkeiten in der Definition gebe es bezüglich Katzen. Anders als bei Hunden, bei denen man davon ausgehen könne, dass es in Deutschland keine Wildhundpopulation gebe, sei es bei Katzen nicht immer ganz eindeutig, ob es sich um Haustiere oder verwilderte Tiere handele. Hier sei noch eine Definition zu finden.

Ein weiteres Thema sei der Umfang der Kostentragungspflicht gewesen. Diskutiert worden sei, ob es für alle Beteiligten sinnvoll sein könne, mit Pauschalsätzen zu arbeiten. Überwiegend sei sowohl von den Tierheimen als auch von den Kommunen zurückgemeldet worden, dass man mit reinen Pauschalen nicht arbeiten möchte, sondern es als zielführender betrachte, einen Sockelbetrag zu erhalten, aus dem die laufenden Kosten bestritten werden könnten, sodass eine gewisse Planungssicherheit bestehe und darüber hinaus eine Spitzabrechnung möglich sei, selbst, wenn dies einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeute.

Deutlich geworden sei aber auch, dass es sich um eine sehr vielfältige Landschaft handele und es vor Ort sehr viele unterschiedliche Ausgestaltungen und Vereinbarungen gebe. Nachvollziehbarerweise bestehe der Wunsch, dass, wenn sich die Partner vor Ort einig seien, Abweichungen möglich sein sollten. Diskutiert worden sei auch über die Dauer der Unterhaltungspflicht. Basis der Diskussionen sei das BGB, das das Fundrecht regle und davon ausgehe, dass eine Fundsache - damit auch Tiere - bis zu sechs Monate im Eigentum des Verlierenden blieben und danach ein Eigentumswechsel statfinde. Kürzere Zeiten seien schwer willkürfrei festzulegen; deshalb werde derzeit auch über sechs Monate diskutiert. Hier hätten die kommunalen Landesverbände noch Rücksprachebedarf. Es gebe von den Tierschutzverbänden aber auch erste Signale dahin, dass man sich vorstellen könnte, nach sechs Monaten das Eigentum an den Tieren zu übernehmen.

Ein weiteres Thema sei der Umfang der medizinischen Versorgung gewesen in der Zeit, in der Tiere Fundtiere seien. Die Tierheime hätten im Nachgang zu der Sitzung Berechnungsgrundlagen zur Verfügung gestellt, die der Deutsche Tierschutzbund an die Hand gebe. Dadurch werde auch für die kommunalen Landesverbände transparent und nachvollziehbar, wie die Kosten berechnet würden.

Auf dieser Basis gebe es noch Diskussionsbedarf zum Beispiel bei den kommunalen Landesverbänden, die sich über die eingereichten Berechnungsmethoden, die Kostenhöhe und die Definitionen Gedanken machen wollten.

Auf dieser Basis sei das Ministerium dabei, einen ersten Entwurf der Fundtierrichtlinie zu erarbeiten, die anschließend in dem größeren Kreis wieder zur Diskussion gestellt werden solle.

Das Thema sei nicht ganz einfach. Es sei aber auch deutlich geworden, dass alle Beteiligten sehr fair miteinander umgingen, bemüht um das Thema seien und auch gegenseitig die entsprechenden Bemühungen anerkannten.

Man befinde sich auf einem guten Weg. Allerdings seien noch nicht alle Details bis zu Ende diskutiert. So werde beispielsweise die Frage erörtert, ob Bedarf an einem Mustervertrag bestehe, wenn eine Richtlinie erlassen sei.

Vorgesehen sei, im Juni ein weiteres Gespräch zu führen. Dem Ministerium sei wichtig, möglichst konsensual vorzugehen und alle Beteiligten mitzunehmen.

Abg. Weber resümiert, dass sich das Thema auf dem richtigen Weg befinde, und stellt die Vermutung an, dass eine Fundtierrichtlinie noch nicht Ende des zweiten Quartals vorliegen werde, aber voraussichtlich Ende des dritten Quartals 2021.

4. Bericht der Landesregierung über den Abfallwirtschaftsplan Schleswig-Holstein, Teilplan Klärschlamm

Antrag des Abg. Stefan Weber (SPD)
[Umdruck 19/5588](#)

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, gibt einen kurzen Bericht ab und sagt auf Bitte des Abg. Weber zu, dem Ausschuss die Ausführungen schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage des Abg. Weber hinsichtlich der Phosphor-Rückgewinnung am Standort Stapelfeld legt Frau Olschewski, Mitarbeiterin im Referat Stoff und Abfallwirtschaft, Chemikaliensicherheit im MELUND, dar, dass der Betreiber in Stapelfeld derzeit eine Monoverbrennungsanlage plane. Er besitze noch eine weitere Monoverbrennungsanlage an einem Standort in einem anderen Bundesland und überlege, für beide Standorte einen Standort für die Phosphorrückgewinnung festzulegen. Derzeit sei der Standort dafür noch nicht bekannt.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Habersaat dazu bestätigt Frau Olschewski, dass eine Phosphorrückgewinnung in Zukunft erforderlich sei. Der Betreiber überlege derzeit, die Phosphorrückgewinnung möglicherweise an einem weiteren Standort durchzuführen. Für die Phosphorrückgewinnung seien oftmals hohe Mengen von Chemikalien notwendig, sodass überlegt werde, einen Standort in einem Gewerbebetrieb zu wählen, an dem Chemieindustrie ansässig sei.

Die Phosphorrückgewinnung sei ab 2029 vorgeschrieben. Sie könne sich vorstellen, dass die Planungen des Betreibers dahingingen, eine Zwischenlagerung der Asche vorzunehmen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Habersaat hinsichtlich der Kapazitäten erläutert Frau Olschewski, dass die Kläranlagenbetreiber ihre Mengen ausschrieben. Es werde frei entschieden, wo das Material untergebracht werde. Bezüglich der Anlage in Stapelfeld sei wegen der räumlichen Nähe zu Niedersachsen davon auszugehen, dass auch Mengen aus Niedersachsen aufgenommen würden.

Abg. Voß fragt nach Pyrolyseverfahren und möglicherweise bereits vorliegenden Anträgen dazu.

Abg. Weber stellt Fragen hinsichtlich der Fertigstellung der Anlage in Kiel, der Kapazitäten von Kiel und Stapelfeld sowie der Rückführung des Phosphors in den Wirtschaftskreislauf.

Auch Abg. Habersaat stellt Fragen zu den Kapazitäten und zur Phosphatrückgewinnung.

Frau Olschewski legt dar, die Fertigstellung der Anlage in Kiel hänge auch vom Baubeginn ab. Der Betreiber rechne mit einer Fertigstellung im Jahre 2024.

Theoretisch könnten in Schleswig-Holstein weitere Klärstoffanlagen gebaut werden. Allerdings müssten die Betreiber dann auch für entsprechende Zulieferungen sorgen. Mit den geplanten Anlagen könnten rechnerisch sämtliche Klärschlämme in Schleswig-Holstein verbrannt werden - selbst wenn die landwirtschaftliche Verwertung nicht mehr möglich sein sollte.

Sie fährt fort, dass der Abfallwirtschaftsplan spätestens 2024 überprüft werde. Bis Ende 2023 seien die Kläranlagenbetreiber aufgefordert, mitzuteilen, welchen Weg sie künftig beschreiten wollten. Sollte dann ein Missverhältnis festgestellt werden, werde die Landesregierung Diskussionen mit den Betreibern aufnehmen und Unterstützung anbieten, um die Phosphorrückgewinnung ab 2029 sicherzustellen.

Bis zum Jahre 2029 seien die Betreiber nicht verpflichtet, Phosphor zurückzugewinnen. Vor diesem Hintergrund könnten sie alle Möglichkeiten ausschöpfen. So könne Asche entweder deponiert oder einer anderen Verwertung zugeführt werden. Sie gehe davon aus, dass bei einer Zwischenlagerung beabsichtigt sei, Phosphor zurückzugewinnen.

Es gebe keine gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Verwendung des rückgewonnenen Phosphors.

Hinsichtlich des Pyrolyseverfahrens legt sie dar, dass in Schleswig-Holstein bisher kein diesbezüglicher Antrag vorliege. Ihr seien auch keine Bemühungen in Schleswig-Holstein bekannt, dieses Verfahren anzuwenden.

Weitere Nachfragen des Abg. Weber beziehen sich auf mögliche Kooperationen und Lagerkapazitäten.

Frau Olschewski führt dazu aus, dass Kooperationen und im Abfallwirtschaftsplan beschrieben seien. Derzeit sei die Landesregierung nicht aktiv, Kooperationen voranzutreiben, sei aber bereit, bei Kooperationsüberlegungen beratend tätig zu werden.

Gegenwärtig seien ihr keine Engpässe bei den Lagerkapazitäten bekannt. In der Vergangenheit habe es derartige gegeben; häufig seien diese erweitert worden. Derzeit bestehe hier kein Handlungsbedarf.

5. European Green Deal muss auch in der Krise die sozialökologische Wende bringen!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2608](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/5760](#)

(überwiesen am 27. Januar 2021 an den **Europaausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen, und strebt an, eine Beschlussfassung in seiner Sitzung am 2. Juni 2021 - vor der Anhörung zum Thema Containern - durchzuführen.

6. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2843](#)

(überwiesen am 26. März 2021 an den **Europaausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Bildungsausschuss, den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss kommt - vorbehaltlich des Ergebnisses des schriftlichen Beschlussverfahrens - überein, den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis zu nehmen.

7. Verschiedenes

a) Sachstandsbericht des MELUND über Ministerkonferenzen

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, nennt einige der Hauptpunkte der letzten Umweltministerkonferenz.

Das Thema Wolf, das auch auf der Umweltministerkonferenz beraten worden sei, sei in der letzten Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses erörtert worden.

Diskutiert worden sei die Anpassung des nationalen Rechtsrahmens an die neue EU-Klimagesetzgebung. In diesem Zusammenhang sei ein Beschluss gefasst worden, dass die Ziele anzuheben seien. Empfohlen worden sei, den Experten zu folgen, die eine Anhebung des Ziels zwischen 62 % bis 68 % bis 2030 empfohlen hätten. Auf der Konferenz hätten sich einige Länder noch vehement dagegen gewährt, ein Ziel von 65 % festzulegen. In der Zwischenzeit hätten die zuständigen Ressorts der Bundesregierung nunmehr ein Ziel von 65 % vorgeschlagen.

Erörtert worden seien die Pläne Polens zum Einstieg in die Nutzung der Atomenergie. Hier gebe es ein Beteiligungsverfahren vonseiten Deutschlands, bei dem sich die Ressorts für eine entsprechende Stellungnahme abstimmen.

Erörtert worden sei das Thema Munitionsbelastungen der deutschen Meeresgewässer. Vereinbart worden sei, dass die Bundesregierung noch in 2021 zu den weiteren Schritten berichten und in 2022 ein aktualisierter Gesamtzustandsbericht erarbeitet werden solle.

Im Nachgang zu der Konferenz solle ein Praxisleitfaden für den Vollzug aufgrund des neuen § 45 a und des Pilotverfahrens erarbeitet werden.

Die übrigen Beschlüsse seien online einzusehen. Den Link dafür werde er zur Verfügung stellen: <https://www.umweltministerkonferenz.de/Dokumente-UMK-Protokolle.html>

b) Delegationsreise zum Thema Gänsefraß

Der Vorsitzende erinnert an die Delegationsreise am 7. Mai 2021, 10 Uhr.

c) Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am 2. Juni 2021 statt (ganztägige Anhörung zum Thema Containern).

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, schließt die Sitzung um 15:45 Uhr.

gez. Oliver Kumbartzky
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführerin